

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bösch, Mag. Hammer, Dr. Rosenkranz, Dr. Stocker
und weiterer Abgeordneter
betreffend Erhalt der Sicherheitsschule Wiener Neustadt

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 1, Erklärungen der Bundeskanzlerin und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich des Amtsantrittes der neuen Bundesregierung, in der 80. Sitzung des Nationalrates, XXVI. GP, am 12. Juni 2019

Das Regierungsprogramm 2017 bis 2022 sieht unter anderem den Erhalt des Militärrealgymnasiums und eine Ausbildungskooperation mit der Polizei vor. Um den Erhalt des Schulbetriebs des Militärrealgymnasiums in Wiener Neustadt sicherzustellen, wurde von der Bundesregierung das Ziel gesetzt, fundierte Ausbildungszweige für den Sicherheitssektor zu schaffen. Es wird die Etablierung eines neuen Berufszweiges für Sicherheitsdienstleister angestrebt.

In Umsetzung dazu wurde zwischen dem Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung im November 2018 ein diesbezügliches Verwaltungsübereinkommen abgeschlossen. Beginnend mit dem Schuljahr 2019/20 sollte eine Bundeshandelsakademie für Führung und Sicherheit ihren Betrieb aufnehmen. Der Schulbetrieb soll ab dem Schuljahr 2019/20 zumindest mit zwei Parallelklassen mit 50 Schülern sichergestellt werden.

Die Führung dieser Schule im Zusammenwirken vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung am Standort Wiener Neustadt hat als Zielsetzung die Schaffung fundierter Ausbildungszweige für den Sicherheitssektor. Damit soll eine weitere Professionalisierung dieses Berufszweiges erreicht werden und der Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung dienen. Der Schulbetrieb ist in den ersten Jahren auch ohne Neubau, die Daun-Kaserne wäre als Standort geeignet, und ohne größere Kosten zu bewältigen.

Dieses neue in Österreich einzigartige Bildungsprojekt integriert Sicherheit und Führung in den Lehrplan um rechtzeitig Experten auszubilden, die es in unserer Zeit mit den neuen hybriden Bedrohungen braucht.
Ein „Aus“ für die Sicherheitsschule ist ein nachhaltiger Schaden für die Schüler, für Österreich und für das Bundesheer.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Landesverteidigung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass, die Sicherheitsschule in Wiener Neustadt, wie von der Bundesregierung 2018 beschlossen, erhalten bleibt und im Herbst 2019 mit zwei Klassen den Betrieb plangemäß aufnehmen kann.“



